

**Rede
von**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

**a) Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen
sichern**

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/1065

**b) Hebammenversorgung in Niedersachsen
flächendeckend sichern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU – Drs.
18/4815

**c) Geburtshilfe in Niedersachsen stärken -
Arbeitsbedingungen für Hebammen verbessern!**

Antrag der Fraktion der AfD – Drs. 18/4819

während der Plenarsitzung vom 29.01.2020
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

der Niedersächsische Landtag befasst sich regelmäßig mit Fragen rund um die Geburtshilfe. Derzeit befindet sich die Geburtshilfe in einem gewaltigen Umbruch: Die Ausbildung wird grundlegend geändert.

Das stellt alle, die sich mit der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Geburtshilfe beschäftigen, vor große Herausforderungen. Wir begrüßen die nun erfolgende schon sehr lange geforderte Akademisierung des Berufes und hoffen, dass diese nun neue Ausbildung ein Magnet für junge Menschen wird, die diesen schönen Beruf ergreifen wollen.

Auf Bundesebene ist in dem Zusammenhang ein großer Wurf gelungen: Die Ausbildung wird vergütet, es ist keine BAföG-Beantragung notwendig. Wir begrüßen diese Anerkennung des hohen Wertes dieser Ausbildung sehr.

In Niedersachsen wollen wir sicherstellen, dass das Studium flächendeckend angeboten werden kann. In Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, die Ostfalia wird noch ein wenig länger brauchen, es gab aber auch schon Gespräche.

Um die Fachexpertise in den Hebammenschulen nutzbar für das Studium zu machen, brauchen wir eine Verlängerung der Übergangszeiten. Nicht, um etwas hinauszuzögern, sondern um unsere gut ausgebildeten und sehr erfahrenen Lehrkräfte der Hebammenschulen exzellent einzubinden.

Die Sozialministerin hat alle in der geburtshilflichen Versorgung wichtigen Partner zu einem Runden Tisch eingeladen, um Fragen der Ausbildung und der Versorgung miteinander zu klären und zu planen.

Dafür brauchen wir aber Zahlen, Zahlen, Zahlen, die im Übrigen auch schon lange von den Hebammenverbänden gefordert werden. Daher führen wir eine Meldepflicht ein, die uns diese detaillierten Auskünfte liefern wird.

Es war wie immer bei diesem Thema eine sachorientierte und engagierte Debatte im Sozialausschuss, für die ich allen Kolleginnen und Kollegen danken möchte.

Es bleiben weiter Problemfelder, die nicht abschließend gelöst sind, wie der Fachkräftemangel und die Haftpflichtfragen. Wir werden die Frage der geburtshilflichen Versorgung in unserem schönen Flächenland weiter aufmerksam politisch begleiten und, wo nötig, steuern.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.